

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

30.06.2018 /19.20-19.50 Uhr
01.07.2018 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Vor dem NATO-Gipfel – US-Präsident als größte Herausforderung?
- Stillstand – Konventionelle Rüstungskontrolle in der Krise. Interview mit Dr. Hans-Joachim Schmidt, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
- Erwartungen nicht erfüllt? 50 Jahre Atomwaffensperrvertrag

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, im Studio begrüßt Sie Andreas Flocken.

Der Blick auf unsere Themen:

- Vor dem NATO-Gipfel – US-Präsident als größte Herausforderung?
- Stillstand - Konventionelle Rüstungskontrolle in der Krise. Hierzu ein Interview. Und:
- Erwartungen nicht erfüllt? 50 Jahre Atomwaffensperrvertrag

Im vergangenen Jahr war US-Präsident Trump schon einmal bei der NATO in Brüssel. Anlass war die Einweihung des neuen rund eine Milliarde Euro teuren Hauptquartiers der Allianz. Trump brüskierte damals mit seiner Rede die Verbündeten, indem er sie in der Feierstunde offen kritisierte und ihnen vorwarf, viel zu wenig Geld für die Verteidigung auszugeben. Im kommenden Monat treffen in der belgischen Hauptstadt erneut die Staats- und Regierungschefs der NATO zusammen. Klar ist schon jetzt, dass Deutschland das vor einiger Zeit vereinbarte Ziel nicht erreichen wird, bis 2024 zwei Prozent des Bruttoin-

landsprodukts für das Militär auszugeben. Bestenfalls 1,5 Prozent sind drin. Die Kanzlerin darf sich daher während des NATO-Gipfels auf einiges gefasst machen. Aber auch sonst hat der unberechenbare Donald Trump dafür gesorgt, dass die transatlantischen Beziehungen alles andere als stabil und zukunfts-trächtig sind. Otfried Nassauer weiß mehr.

Manuskript Otfried Nassauer

Am 11. und 12. Juli ist es wieder soweit: Zwei Jahre nach Warschau steht der nächste turnusmäßige NATO-Gipfel an. Ein Arbeitsgipfel. 18 Monate nach dem Amtsantritt von Donald Trump als US-Präsident wünschen sich viele in der NATO „Business as usual“, also einen normalen, geschäftsmäßigen Ablauf, bei dem die Allianz Beschlüsse fasst, wie sie weiter vorgehen will. Zudem gibt es den Wunsch, dass von dem Treffen in Brüssel ein Signal der Geschlossenheit ausgeht. Erwartet wird das jedoch nur von wenigen. Im Gegenteil: Viele befürchten, es könne ähnlich wie beim G-7-Gipfel in Kanada zu einem Eklat kommen, Präsident Trump werde auch diesem Gipfel seinen Stempel aufdrücken.

Wolfgang Ischinger, Chef der Münchener Sicherheitskonferenz artikuliert diese Sorge bei einem Gespräch der Körber-Stiftung kürzlich so:

O-Ton Ischinger (overvoice)

„Ich habe die schlimmsten Befürchtungen, richtig schlechte Träume, wenn ich an den bevorstehenden NATO-Gipfel denke und welche Art von Botschaft von diesem Gipfel ausgeht, wenn er so endet wie der G7-Gipfel. Was wäre das für eine Botschaft für unsere russischen Freunde. Es scheint so, als sei derzeit nichts so, wie es einmal war oder sogar wie es eigentlich sein sollte.“

Beamte und Militärs in Brüssel haben die Gipfelbeschlüsse wie immer professionell vorbereitet. Wo Konsens unter den Bündnismitgliedern herrscht, wurde dieser formuliert. Zum Beispiel bei der verbesserten Zusammenarbeit zwischen NATO und EU, bei der Erhöhung der Einsatzbereitschaft oder bei der Reform der Nachschubfähigkeiten des Bündnisses. Hoch kontroverse und strittige Themen sollen dagegen ausgeklammert werden, zum Beispiel die Zukunft des Atomabkommens mit dem Iran. Bei überbrückbaren Differenzen sucht man

Formelkompromisse auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Darin hat man in Brüssel jahrzehntelange Übung.

Genauso wie darin, offensichtliche Kontroversen auch zu benennen und so das sichtbare Konfliktpotenzial im Bündnis auf bereits Bekanntes und eventuell Nützliches zu begrenzen. Donald Trump werde weiter darauf bestehen, dass jedes NATO-Mitglied bis 2024 zwei Prozent seines Bruttoinlandproduktes für die Verteidigung ausbe. Deutschland müsse sich bei diesem Thema warm anziehen, heißt es. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen habe sich bislang nur bereit erklärt, bis 2025 1,5 Prozent anzustreben. Trump sei das nicht genug.

Diese Kontroverse wäre für von der Leyen sogar nützlich. Sie fordert schon lange deutlich mehr Geld für die Bundeswehr als bislang trotz aller geplanten Steigerungen eingeplant ist. Druck aus Washington und Brüssel stärkt ihr den Rücken in der Innenpolitik. Ob dagegen zusätzliches Geld von der Bundeswehr auch effizient ausgegeben und auf der Zeitachse kosteneffektiv in zusätzliche militärische Fähigkeiten umgesetzt werden kann, spielt dabei zunächst keine Rolle.

Im Kontext der gültigen NATO-Streitkräfteplanung hat Deutschland zugesagt, bis 2032 68 konkrete Maßnahmen umzusetzen und in die nationale Streitkräfteplanung zu überführen. Das ist geschehen. Eines dieser Ziele sieht vor, dass die Bundeswehr der NATO dann drei einsatzbereite Heeresdivisionen mit je drei Brigaden zur Verfügung stellen kann. Allein dafür kalkuliert die Bundeswehr mit einem zusätzlichen Finanzbedarf von fünf Milliarden Euro jährlich.

Washington hat dagegen bereits nachgelegt. Die Verteidigungsminister der NATO haben bei ihrer Sitzung im April eine neue Initiative in ihre Beschlusslage aufgenommen. Sie wurde in dieser Woche noch einmal von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg bekräftigt:

O-Ton Stoltenberg (overvoice)

„Wir werden während des NATO-Gipfels eine Initiative beschließen, die den Bereitschaftsgrad der NATO-Kräfte weiter erhöht, die wir ‚Vier mal Dreißig-

Initiative' nennen. Geplant sind 30 Bataillone, 30 Luftwaffenstaffeln und 30 Kampfschiffe, die in 30 oder weniger Tagen einsatzbereit sind."

Bis 2020 sollen die NATO-Staaten diese Truppen bereitstellen. In der deutschen Planung zur Umsetzung der NATO-Streitkräfteplanung ist dieses Ziel bislang jedoch gar nicht abgebildet. Der für die deutsche Planung zuständige Offizier, Brigadegeneral Gerald Funke, räumte dies Anfang dieser Woche bei einer Veranstaltung der Deutschen Atlantischen Gesellschaft ein:

O-Ton Funke

„Das, was jetzt die vier thirties betrifft, also in 30 Tagen 30 Bataillone, 30 Staffeln und 30 schwimmende Einheiten in der Größe von Fregatten verfügbar zu haben, ist eine neue Qualität, die wir bisher nicht akzeptiert haben, die nicht Teil des NATO-Planungsprozesses ist. Insofern können wir auch nicht sagen, wie wir das erreichen."

Auch wenn die Bundeswehr dazu nur etwa zehn Prozent beitragen müsse, sei diese US-Forderung zu kurzfristig und könne mit dem derzeitig geplanten Fähigkeitsprofil der Bundeswehr nicht umgesetzt werden. Diese Forderung könne erst Bestandteil der nächsten Runde des NATO-Streitkräfteplanungsprozesses 2019 werden und dann – so der Streitkräfteplaner des Verteidigungsministeriums wörtlich – „werden wir sehen, was wir davon akzeptieren können und wollen".

Zu anderen wichtigen und kontroversen Themen ist bislang erstaunlich wenig zu hören. Dazu gehören die Zukunft der nuklearen Abschreckung in Europa, die der Rüstungskontrolle und die Zukunft des NATO-Russland-Verhältnisses. Zwar wird immer wieder betont, dass die Politik der Allianz gegenüber Moskau aus Abschreckung und Dialog bestehe. Das Schwergewicht liegt aber offenbar derzeit vor allem bei der Stärkung der militärischen Abschreckung. Über kooperative sicherheitspolitische Instrumente, wie Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle, wird vor allem in Form von Anforderungen an die russische Seite gesprochen. Es heißt: Natürlich befürworte die NATO, den Gesprächsfaden mit Russland im NATO-Russlandrat beizubehalten. Natürlich wünsche man mehr Transparenz mit Blick auf das russische Manövergeschehen und strebe einen verbesserten Informationsaustausch hierüber an. Europa sei selbstverständlich daran interessiert, dass der INF-Vertrag, der landgestützte atomare Mittelstre-

ckenwaffen verbietet, erhalten bleibe. Gerade deshalb fordere man ja, dass Moskau die Zweifel an seiner Vertragstreue möglichst schnell ausräumen müsse.

Eigene Initiativen kooperativer Sicherheit gegenüber Russland will die NATO dagegen derzeit anscheinend nicht ergreifen. Das „Dialog-Element“ in der Politik des Bündnisses erschöpft sich offenbar darin, noch vorhandene Gesprächsfäden nicht abreißen zu lassen.

Mit Blick auf den NATO-Gipfel dominiert jedoch letztlich die Ungewissheit. Diese hat jedoch weniger mit Moskau als mit US-Präsident Trump zu tun. Die Frage ist: Lässt Trump in Brüssel erneut eine Bombe platzen und wenn ja welche? Bleibt es bei der Kontroverse um die europäischen Rüstungsausgaben oder kommen noch zusätzliche neue Differenzen auf den Tisch? Zum Beispiel beim Thema Iran: Washington hat den multilateralen Vertrag über die Begrenzung des iranischen Atomprogramms einseitig aufgekündigt und will die Sanktionen gegen Teheran verschärfen. Alle anderen Vertragsparteien - der Iran, Russland, China und die NATO-Staaten Frankreich, Großbritannien und Deutschland - wollen dagegen an dem Vertrag festhalten. Nun will Washington offenbar allen Ländern, die gegen Ende dieses Jahres noch Öl aus dem Iran beziehen, mit Sanktionen drohen. Den Verkauf iranischen Öls zu erleichtern ist jedoch eine vertragliche Verpflichtung aus dem Iran-Abkommen, aus dem Washington ausgestiegen ist und an dem die drei großen europäischen NATO-Staaten festhalten wollen.

Und dann ist da noch Wladimir Putin, Russlands Präsident. Auch mit ihm will sich Trump im Umfeld des Gipfels treffen. Manch einer befürchtet bereits, Trump könne Putin gegen den Willen der NATO-Verbündeten Zugeständnisse machen. So wie bei Nordkorea, dem Trump zusagte, auf etliche Manöver in Südkorea zu verzichten. - ohne sich vorher mit den Verbündeten in Südkorea abzusprechen. Selbst das Pentagon wurde davon überrascht.

Die Ungewissheit, ob der US-Präsident letztlich als verlässlicher Partner agiert, befeuert sogar die Diskussion darüber, ob ein „Ende des Westens“ droht, dessen Opfer letztlich auch die NATO werden könne.

* * *

Flocken

Ein Bericht von Otfried Nassauer.

Ein wichtiges Stichwort wurde in dem Beitrag eben bereits genannt: Rüstungskontrolle. Darunter versteht man nicht nur Abrüstung, sondern auch Maßnahmen zur Vertrauensbildung. Angesichts der Eiszeit zwischen Russland und dem Westen wären diese gegenwärtig besonders wichtig. Auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum in der Nähe von Hannover, haben Experten darüber beraten, wie die konventionelle Rüstungskontrolle wiederbelebt werden könnte. Am Rande der Konferenz habe ich darüber mit Hans-Joachim Schmidt von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung gesprochen. Zunächst habe ich Hans-Joachim Schmidt gefragt, ob Rüstungskontrolle in der momentanen Situation überhaupt noch eine Chance hat:

Interview Andreas Flocken / Dr. Hans-Joachim Schmidt

Schmidt: Ja, sie muss eine Chance haben. Es gibt ja noch Verträge, die implementiert werden. Ich will sie auch gleich nennen: Das ist zum einen der KSE-Vertrag, auch wenn Russland aus ihm ausgetreten ist.

Flocken: Was ist das für ein Vertrag?

Schmidt: Der begrenzt die konventionellen Streitkräfte der Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts und der NATO-Staaten, also nicht aller europäischen Staaten. Er wird trotz der Suspendierung von Seiten Russlands nach wie vor noch angewendet. Es gilt, ihn so lange wie möglich zu bewahren. Zweitens gibt es das Wiener Dokument für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen,

das insbesondere der Überwachung von militärischen Aktivitäten dient. Das funktioniert noch recht leidlich. Auch da gibt es allerdings Probleme.

Flocken: Welche Probleme gibt es da?

Schmidt: Zum Beispiel in der Ukraine, bei den unregulierten Territorialkonflikten. Da lässt sich das Abkommen nicht richtig implementieren aufgrund der Streitigkeiten zwischen den Entitäten...

Flocken: Entitäten – was meinen Sie damit?

Schmidt: Das sind die Gebiete, die sich als De-facto-Staaten betrachten und unabhängig werden wollen in bestimmten Staaten, unabhängig von dem Hauptstaat, der das eben verhindern möchte.

Flocken: Und was kann das Wiener Dokument, das ja zur Vertrauensbildung beitragen soll, was kann das Dokument beispielsweise in der Ukraine leisten?

Schmidt: In der Ukraine wird es zum Teil nicht mehr umgesetzt, gerade im Donbass, weil in unregulierten Territorial-Konflikten Inspektionen nicht mehr möglich sind. Oder man müsste sie, diese unabhängigen Entitäten, anerkennen. Das Gleiche haben wir zwischen Armenien und Aserbaidschan um die Region Berg-Karabach, in Moldau bei Transnistrien und in Georgien mit Abchasien und Südossetien. Hinzu kommt, dass wir momentan auch Probleme beim Vertrag über den offenen Himmel haben.

Flocken: Was ist das für ein Vertrag? Der Vertrag über den offenen Himmel bzw. der Open Skies-Vertrag?

Schmidt: Der Vertrag sieht vor, dass das gesamte Gebiet der beteiligten Staaten von Vancouver bis Wladiwostok von Flugzeugen überflogen werden kann mit den Inspektoren und den Begleitern des inspizierten Staates. Und dabei darf alles überflogen werden - nicht nur konventionelle Einrichtungen, sondern auch Einrichtungen der Nuklearstreitkräfte. Man kann also sehr viel damit

überwachen und überprüfen. Seit Beginn dieses Jahres konnte allerdings kein einziger Open Skies-Beobachtungsflug mehr durchgeführt werden, da Georgien sich weigert, eine Inspektion bzw. einen Beobachtungsflug der Russen zuzulassen, und bisher ist keine Einigung absehbar. Und solange sie nicht absehbar ist, kann man sich nicht auf die jährlichen Quoten für die Überflüge einigen. Deswegen hat bisher auch kein Überflug oder Beobachtungsflug in diesem Jahr stattgefunden. Das ist sehr bedauerlich und es zeichnet sich momentan auch noch keine Lösung dieses Problems ab.

Flocken: Aufgrund der Konfrontation zwischen Russland und der NATO seit der Annexion der Krim hat es bereits mehrmals militärische Zwischenfälle gegeben. Es hat ja Überflüge von russischen Kampfflugzeugen über Schiffen gegeben. Im Schwarzen Meer aber auch in der Ostsee. Gleichzeitig gibt es manchmal eine Konfrontation zwischen NATO-Kampfflugzeugen und russischen Kampfflugzeugen. Gibt es im Wiener Dokument oder in anderen Vereinbarungen Instrumente, so dass man diese militärischen Zwischenfälle einschränken kann, damit sie nicht eskalieren?

Schmidt: Also in dem Rahmen der jetzt von mir erwähnten Abkommen zur konventionellen Rüstungskontrolle gibt es die nicht. Es gibt derzeit nur bilaterale Verträge zwischen einigen westlichen Staaten und Russland, um solche Zwischenfälle auf hoher See zu vermeiden. Insgesamt gibt es zwischen zwölf und fünfzehn Abkommen dieser Art. Man könnte sie auch auf weitere Staaten erweitern. Man muss allerdings sagen, dass diese Abkommen zum Teil modernisierungsbedürftig sind und man muss zum Teil auch die Soldaten erziehen, sie zu beachten. Denn sie sind in der Phase der Kooperation in Vergessenheit geraten, weil es solche Zwischenfälle damals nicht gegeben hat. Sie müssen in Zukunft wieder stärker Beachtung finden und auch angewendet werden. Hierüber hat es schon Diskussionen sowohl im Rahmen der OSZE als auch im Rahmen der NATO gegeben. Aber nicht in der Form, dass man schon tatsächlich über Regelungen gesprochen hat.

Flocken: Frank-Walter Steinmeier hat ja in seiner Zeit als Außenminister versucht, die konventionelle Rüstungskontrolle, und damit meint er auch Vertrau-

ensbildung, voranzubringen. Er hat damals eine neue Initiative gestartet. Es ist die Rede von einem „strukturierten Dialog“. Was hat er mit dem „strukturierten Dialog“ gemeint?

Schmidt: Die Ursache war eigentlich, dass Deutschland im Jahre 2016 den Vorsitz in der OSZE innehatte. Und im Wiener Dokument war vereinbart, 2011 / 2016 das Wiener Dokument zu renovieren und zu modernisieren. Dafür gab es viele Vorschläge. Deutschland hat diese Vorschläge in Wien auf den Tisch gelegt, Russland hat sie abgelehnt. Unter anderem mit der Begründung, dass die westlichen Staaten ja damit ein neues konventionelles Rüstungskontrollabkommen umgehen könnten. Russland hat ein stärkeres Interesse an einem neuen konventionellen Rüstungskontrollabkommen gehabt, als an einer Modernisierung des Wiener Dokumentes - auch an einer Begrenzung, z.B. der Raketenabwehr und anderer militärischer Fragen. Es war also nicht bereit, bei der Modernisierung des Wiener Dokumentes mitzuspielen. Und das hat nun Steinmeier bewogen, aufgrund der Probleme, die man mit der Implementierung und mit der Modernisierung hatte, zu sagen, wir müssen jetzt einen neuen Aufschlag wagen.

Flocken: Wie sollte der denn konkret aussehen? Was waren das für Vorschläge? Können Sie Beispiele nennen?

Schmidt: Er hat insgesamt fünf Vorschläge gemacht. U.a. ging es um neue regionale Maßnahmen, Limitierungen bei grenznahen Aktivitäten und anderes mehr. Insbesondere im Baltikum. Es ging darum, dass man die Verifizierung verbessern sollte, auch Transportfähigkeiten und Mobilität mit erfassen sollte. Dass man neue Waffen, wie Drohnen erfassen sollte. Dass man auch überlegen sollte, wie man die unregulierten Territorialgebiete, die ja bisher von der Rüstungskontrolle ausgeklammert sind - wie man die zukünftig in Rüstungskontrollmaßnahmen integrieren könnte. Das waren die wichtigsten Vorschläge.

Flocken: 2016 liegt schon etwas zurück. Wie sieht es denn jetzt ganz konkret aus? Was ist daraus geworden?

Schmidt: Also der „strukturierte Dialog“ hat am 7. April 2017 begonnen unter dem österreichischen OSZE-Vorsitz. Österreich hat die deutsche Initiative auch massiv unterstützt, auch mit einer Reihe von eigenen Vorschlägen und Maßnahmen. Der „strukturierte Dialog“ hat es wieder ermöglicht, mit Russland sachlich und konstruktiv militärische Sicherheitsfragen und Probleme zu erörtern. Er soll in Zukunft auch Regelungen und Lösungen möglich machen.

Flocken: Aber die Amerikaner- insbesondere Präsident Trump – sind ja im Augenblick gegen Rüstungskontrollvereinbarungen. Wie kann denn dann konventionelle Rüstungskontrolle oder auch Vertrauensbildung in Europa stattfinden, wenn die Amerikaner das nicht wollen?

Schmidt: Das ist natürlich völlig richtig, ein Abkommen könnte man derzeit nicht schließen. Rex Tillerson hat ja...

Flocken: Als er noch US-Außenminister war...

Schmidt: ...als er noch Außenminister war, beim letzten OSZE-Ministerrat, im Dezember 2017, ganz klar gesagt: So lange die bestehenden Abkommen nicht eingehalten werden, und er hat damit insbesondere den INF-Vertrag gemeint...

Flocken: Das ist welcher Vertrag?

Schmidt: Das ist der Vertrag über Intermediate Range Nuclear Forces – also landgestützte Mittelstreckenraketen. Und dieser Vertrag wird aus amerikanischer Sicht von Moskau nicht eingehalten. Die Russen sagen ähnliches über die Amerikaner. Und solange die Probleme dort nicht gelöst werden, wird Amerika keinen neuen Vertrag akzeptieren. Was aber nicht heißt, dass man im Vorfeld über Probleme eines neuen Vertrages nicht diskutieren kann. Über mögliche Regelungen eines künftigen Abkommens kann man durchaus diskutieren.

Flocken: Nun gibt es ja das Wiener Dokument über Vertrauensbildung. Und es heißt - und das war ja damals auch der Wille von Außenminister Steinmeier - dass dieses Dokument überarbeitet, modernisiert und angepasst werden soll.

Was sind denn die konkreten Vorschläge? Was will man da ganz konkret anpassen? Können Sie Beispiele nennen?

Schmidt: Ja. Es gibt Vorschläge, dass man in Krisensituationen auch unabhängig von den Inspektionsquote tätig werden sollte...

Flocken: Was meinen Sie mit Inspektionsquoten?

Schmidt: In allen Verträgen ist ja immer geregelt, wie oft man Inspektionen, Überprüfungen pro Jahr durchführen kann. Die Zahl der Regelinspektionen sind ja begrenzt. Im Wiener Dokument ist sie extrem niedrig für ein Land angesetzt, nämlich auf drei pro Jahr. Die Zahl ist natürlich im Fall Russlands sehr schnell ausgeschöpft. Kommt es dann zu einer krisenhaften Entwicklung, kann man nichts mehr machen. Und insofern wird drüber nachgedacht, dass eben diese Quotenbegrenzung für Krisensituationen nicht gelten soll. Es soll dann möglich sein, auch ohne so eine Quote zu inspizieren, um zu versuchen, die Lage zu stabilisieren.

Flocken: Und das kann dann dazu führen, dass man wieder Vertrauen schafft, gerade in Zeiten wie diesen.

Schmidt: Schon allein, wenn man eine solche Regelung zustande brächte, wäre das ein Vertrauensgewinn und man hätte dann natürlich auch ein besseres Instrument für künftige Krisen an der Hand, um es dann zur Stabilisierung, zur Deeskalation einsetzen zu können.

Flocken: Aber warum wird das nicht umgesetzt? Es gibt offenbar Widerstand gegen eine solche Erweiterung oder auch Modernisierung des Wiener Dokuments.

Schmidt: Der Hauptwiderstand kommt derzeit von Russland. Russland ist derzeit an einer Modernisierung des Wiener Dokumentes nicht interessiert, weil es befürchtet, dass damit sein Interesse, zunächst einmal ein Abkommen, ein

neues Abkommen über konventionelle Rüstungskontrolle zu bekommen, umgangen werden könnte – durch die Modernisierung des Wiener Dokumentes.

Flocken: Aber wenn Russland kein Interesse an einer Modernisierung des Wiener Dokuments hat, in dem es ja um die Vertrauensbildung geht und um mehr Inspektionen, die man gerne haben möchte, wie kommt man dann weiter? Dann ist ja die ganze Modernisierung des Wiener Dokumentes blockiert. Ohne Russland geht's ja nicht.

Schmidt: Ohne Russland geht es nicht. Das ist ja mit ein Grund der deutschen Initiative gewesen - man kommt Russland damit auch ein Stück weit entgegen. Nur: dadurch, dass sich diese Initiative bisher nicht stärker in Richtung konventionelle Rüstungskontrolle konkretisiert hat, ist Russland enttäuscht - so jedenfalls sind die Äußerungen von mir bekannten russischen Vertretern. Die Initiative sollte ja sozusagen Russland wieder an die konventionelle Rüstungskontrolle heranführen. Wir haben aber auch ein weiteres Problem: Die europäische Sicherheitsordnung ist mit der russischen Intervention in der Ukraine zerbrochen. Hier haben wir also ein zentrales Problem, das eng zusammenhängt mit einer Regelung des Ukraine-Konfliktes.

Flocken: Aber dann ist ja die konventionelle Rüstungskontrolle und damit auch die Vertrauensbildung, die angestrebt wird, im Augenblick in der Krise.

Schmidt: Völlig richtig. Sie ist derzeit in der Krise. Völlig richtig.

Flocken: Sehen Sie da die Chance, irgendwie aus dieser Krise herauszukommen?

Schmidt: Ja sicher sehe ich die Chance aus der Krise wieder rauszukommen. Man sollte die Hoffnung nie aufgeben. Momentan sind die politischen Rahmenbedingungen ganz schlecht. Gleichzeitig muss man aber auch alles tun, die bestehenden Regime, so gut es eben geht, zu erhalten. Konventionelle Rüstungskontrolle braucht einen langen Atem und wir haben ja erst im letzten Jahr diese Initiative konkret angefangen zu implementieren, bzw. umzusetzen. Ich

denke, sehr wahrscheinlich brauchen wir mindestens ein paar Jahre. Und dann muss man weitersehen.

* * *

Flocken

Hans-Joachim Schmidt von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung über die Zukunft der konventionellen Rüstungskontrolle. Eine Langfassung des Interviews und mehr zum Thema finden Sie auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.de.

Vor 50 Jahren wurde der sogenannte Atomwaffensperrvertrag aus der Taufe gehoben. Geläufiger ist inzwischen die Bezeichnung Nichtverbreitungsvertrag. Das Ziel war, die Weiterverbreitung, die Proliferation, von Atomwaffen zu verhindern. Am 1. Juli 1968 unterzeichneten die USA, die Sowjetunion und Großbritannien als erste diese Vereinbarung. Mittlerweile haben 190 Staaten den Vertrag unterschrieben. Doch er droht an Bedeutung zu verlieren. Zu den Gründen – Jerry Sommer.

Manuskript Jerry Sommer

Schon Ende der 1950er Jahre begannen die Bemühungen um einen Vertrag, der die Weiterverbreitung von Atomwaffen verhindern sollte. Die Anzahl der US-Nuklearwaffen hatte sich 1960 auf 18.000 vervielfacht, die Sowjetunion war dabei, nachzuziehen und verfügte über rund 1.600 Atomsprengköpfe. Großbritannien besaß damals ein paar Dutzend Nuklearwaffen. Und 1964 hatten auch Frankreich und China ihre ersten Atombomben entwickelt. Die Sorge, dass weitere Staaten Nuklearwaffen anstreben, war groß, sagt Dan Smith, der Direktor des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI:

O-Ton Smith (overvoice)

„Als der Nichtverbreitungsvertrag verhandelt wurde, befürchteten viele, dass es in einigen Jahren zwanzig bis dreißig Atomkräfte geben könnte.“

In den Verhandlungen gelang es schließlich, einen tragfähigen Kompromiss zwischen den Interessen der beiden unterschiedlichen Staatengruppen zu fin-

den: Eine Vereinbarung zwischen den nicht-atomaren Staaten, die sich besonders für atomare Abrüstung stark machten, und den damaligen Nuklearmächten, die weitere Atomkräfte verhindern wollten, weil dies negative Auswirkungen auf Frieden und internationale Stabilität gehabt hätte.

In dem Vertrag verpflichteten sich die Nicht-Atomwaffenstaaten, auf Nuklearwaffen zu verzichten und ihre zivilen Nuklearanlagen durch die Internationale Atomenergieorganisation kontrollieren zu lassen. Im Gegenzug sagten die USA, die Sowjetunion und Großbritannien 1968 zu, keine Atomwaffen an andere Staaten weiterzugeben und - so wörtlich -

Zitat

„in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung“.

Frankreich und China galten zwar 1968 schon als Atomwaffenstaaten. Aber sie traten dem Vertrag erst 1992 bei.

Statt fünf gibt es mittlerweile neun Atomkräfte. Indien, Pakistan und Israel haben den Vertrag allerdings nicht unterzeichnet. Nordkorea hat die Vereinbarung gekündigt und ist ebenfalls eine Nuklearmacht. Aber viele Staaten, die in den 1960er Jahren mit dem Gedanken gespielt haben, selbst Nuklearwaffen zu entwickeln, entschieden sich letztlich gegen diese Option. Zu den Ländern gehören Schweden, die Schweiz und auch Deutschland. Ein Grund war die Auffassung, dass Atomwaffen die eigene Sicherheit nicht unbedingt erhöhen. Ein anderer war der Nichtverbreitungsvertrag.

Das gehört zur positiven Bilanz des Nichtverbreitungsvertrages, sagt Oliver Meier vom der Berliner „Stiftung Wissenschaft und Politik“:

O-Ton Meier

„Er hat die Proliferation ganz eindeutig begrenzt. Die Nichtverbreitung ist im Großen und Ganzen eine Erfolgsgeschichte. Was nicht so gut funktioniert hat, das ist die Einlösung des Versprechens der Atomwaffenstaaten, selbst abzurüsten und in Richtung einer atomwaffenfreien Welt zu arbeiten.“

Tatsächlich verdoppelte sich die Zahl der Atomwaffen zwischen 1968 und 1988 auf rund 60.000 Atomsprengköpfe. Erst nach dem Ende der Sowjetunion rüsteten die bei weitem größten Atommächte, die USA und Russland, ihre Arsenale drastisch ab. Heute besitzen sie jeweils rund 6.500 Sprengköpfe, die anderen sieben Atommächte ca. 1.200. Die Atommächte USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und China sind insgesamt ihrer Verpflichtung aus dem Nichtverbreitungsvertrag, „in redlicher Absicht“ auf eine atomwaffenfreie Welt hinzuwirken, nicht nachgekommen, sagt Oliver Meier:

O-Ton Meier

„Seitdem der Vertrag 1995 auf unbegrenzte Zeit verlängert worden ist, scheint keiner der Staaten noch ernsthaft in Erwägung zu ziehen, tatsächlich auf seine Atomwaffen zu verzichten. Alle diese Staaten modernisieren ihre Atomwaffen, investieren massiv in die Aufrechterhaltung ihrer nuklearen Fähigkeiten, um sie zukunftssicher zu machen.“

Die Unzufriedenheit vieler Staaten mit den Rüstungsanstrengungen der Nuklearmächte hat dazu geführt, dass sich im vergangenen Jahr 122 Staaten auf ein Atomwaffen-Verbotsabkommen geeinigt haben. Allerdings ohne die Nuklearmächte und ihre Verbündeten. Die Unterstützer dieser Initiative setzen auf die politische Wirkung der Verbotsvertrags-Bewegung. Wenn fünfzig Staaten die Vereinbarung ratifiziert haben, wird das Abkommen in Kraft treten. Xanthe Hall von der „International Campaign to Abolish Nuclear Weapons“ – ICAN -, die im vergangenen Jahr mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde:

O-Ton Hall

„Wir bei ICAN sind sehr zuversichtlich, dass es 2019 zum Inkrafttreten des Vertrags kommen könnte. Das erhöht den Druck auf den Atomwaffensperrvertrag enorm. Ich hoffe, dass wir dann eine erste Konferenz der Parteien des Verbotsvertrages hinkriegen. Dort könnten sie auch Ideen entwickeln, wie sie die Atomwaffenstaaten mehr unter Druck setzen können.“

2020 steht die nächste Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages an. Die letzte dieser alle fünf Jahre stattfindenden Versammlungen ging ohne ein gemeinsames Abschlusskommuniqué zu Ende. Es droht die Gefahr, dass auch 2020 keine Einigung erzielt wird. Denn die politischen Beziehungen zwischen Russland und den USA, den wichtigsten Atommächten, sind denkbar schlecht; es wird militärisch gegeneinander aufgerüstet. Es gibt keine Gesprä-

che oder gar Verhandlungen über nukleare Abrüstung. Zudem ist die Trump-Regierung aus dem Atom-Abkommen mit dem Iran ausgestiegen. Dieses begrenzt die Fähigkeiten des Irans zur Urananreicherung und wird von den meisten Staaten als eine geeignete Vereinbarung angesehen, um eine nukleare Weiterverbreitung zu verhindern. Auch das geringe Interesse der US-Regierung an Rüstungskontrolle generell sei hinderlich für eine erfolgreiche Überprüfungskonferenz, glaubt Oliver Meier von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“:

O-Ton Meier

„Wir haben eben jetzt eine neue US-Administration, die sich vermutlich gar nicht mehr bemühen wird, hier tatsächlich den Vertrag zu einem stärkeren Instrument zu machen, die auch das Iran-Abkommen bricht und von daher eine schwere Belastung für den Nichtverbreitungsvertrag darstellt.“

Allerdings verhält sich Präsident Trump durchaus widersprüchlich. Gegenüber Nordkorea hat er sich auf einen Verhandlungsprozess eingelassen. Nach dem nordkoreanischen Moratorium für Atomwaffen- und Raketentests haben die USA im Gegenzug auf Militärmanöver mit Südkorea vorerst verzichtet. Damit ist die Kriegsgefahr in der Region erst einmal gebannt. Es besteht die Chance einer Verhandlungslösung. Die Unberechenbarkeit des US-Präsidenten könne sowohl zum Schlechten wie auch zum Guten ausschlagen, glaubt SIPRI-Direktor Dan Smith – auch mit Blick auf die in zwei Jahren stattfindende Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages:

O-Ton Smith (overvoice)

„Es ist durchaus denkbar, dass Trump glaubt, es wäre toll für ihn, wenn er 2020 etwas Positives in Bezug auf nukleare Abrüstung erreicht. Es wird das Jahr der Präsidentschaftswahlen sein. Vielleicht möchte er sogar als ein Friedensbringer in den Wahlkampf ziehen.“

Der Druck auf die fünf offiziellen Atommächte, reale Abrüstungsschritte zu unternehmen, wird in den nächsten Jahren sicher wachsen. Es gibt zahlreiche kleinere Schritte, auf die sich die Nicht-Atomwaffenstaaten und die Atommächte einigen könnten. Russland und die USA könnten zum Beispiel den NEW START-Vertrag um fünf Jahre verlängern. Diese Vereinbarung begrenzt die strategischen Atomwaffen beider Seiten und läuft 2021 aus. Sie könnten zugleich ankündigen, die Zeit für Verhandlungen über weitere nukleare Abrüstung

und Stabilität zu nutzen. Alle Atomkräfte könnten sich verpflichten, gemeinsam Diskussionen über Nuklearstrategien und Abrüstung zu beginnen. Solche Maßnahmen würden helfen, den Nichtverbreitungsvertrag zu stärken. Ob sie allerdings ausreichen, die Unzufriedenheit über den mangelnden Abrüstungswillen der Atomkräfte zu besänftigen, bleibt offen. Die Gefahr besteht, dass einige Staaten den Nichtverbreitungsvertrag aus diesem Grund verlassen. Auch wenn sie dann wahrscheinlich nicht nach Atomwaffen streben würden: Der Nichtverbreitungsvertrag wäre trotzdem geschwächt.

* * *

Flocken

Jerry Sommer über den Atomwaffensperrvertrag bzw. Nichtverbreitungsvertrag, den es seit 50 Jahren gibt.

Soviel für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie sich als Podcast herunterladen – unter ndr.de/streitkraefte. Dort können Sie auch unseren Newsletter abonnieren.

Zugleich ein Hinweis in eigener Sache. Die Sendereihe Streitkräfte und Strategien wird im Juli 50 Jahre alt. Daher wird es in 14 Tagen eine längere Jubiläumssendung geben, die früher als gewohnt beginnt: Am 14. Juli bereits um 19.05 Uhr, und einen Tag später, am Sonntag, den 15. Juli, um 12.05 Uhr. Natürlich hier auf NDR Info. Vielleicht hören Sie mal rein. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.